

**Zeitschrift:** ZeitBild  
**Herausgeber:** Schweizerisches Ost-Institut  
**Band:** 11 (1970)  
**Heft:** 4

**Rubrik:** Zusammenhänge

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 18.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## Zusammenhänge

Wenn man früher in Moskau vom universalen Charakter des Sozialismus sprach, dachte man sicher an das eigene Beispiel, aber man sagte es wenigstens nicht so. Doch allmählich ist es soweit: Man postuliert das sowjetische Modell in aller Schlichtheit als Obligatorium für die gesamte übrige Welt. Und wir hätten früher über eine solche Präpotenz belustigt hinweggehen können. Aber heute tun wir besser daran, sie ernst zu nehmen. Denn sie entspringt, wenn schon nicht einem Gefühl der Stärke, so doch einem Gefühl der Macht. Jener Macht, die in den letzten Jahren erstrangig wurde und nunmehr vorrangig wird.

\*

Was man die «Breschnew-Doktrin der beschränkten Souveränität» nennt, war keineswegs, wie man in der westlichen Öffentlichkeit noch so gern vermutete, eine Verlegenheitsbegründung für den völkerrechtswidrigen Ueberfall auf die CSSR, sondern ein Anspruch. Er ist schon vor dem 21. August 1969 mit wachsender Deutlichkeit entwickelt worden, und er gewinnt seither ständig an Volumen. Den sowjetisch dominierten Staaten gegenüber bedeutet er wachsende Bevormundung, uns andern gegenüber eine potentiell und reell wachsende Aggressionsdrohung. Wobei es in diesem Fall sowohl unmarxistisch als auch dumm ist, sie lediglich in militärischen Kategorien messen zu wollen.

Als Gomulka im November 1968 vor seinem Parteikongress erklärte, es gebe verschiedene Wege zum Sozialismus aber nur einen Sozialismus, hatte er nach dem, was man der Tschechoslowakei angetan hatte, bereits impliziter den sowjetischen Weg als den einen gültigen Sozialismus definiert.

In der Sowjetunion hatte man das durchaus schon zuvor auch expliziter gesagt: «Die sowjetischen Erfahrungen beim sozialistischen Aufbau haben universalen Charakter.» Sie seien nicht nur für die Sowjetunion und Osteuropa gültig, sondern auch für die entwickelten kapitalistischen Länder und ebenso für die Entwicklungsländer. Am 25. Juli 1968 schon hatte die «Prawda» den Grundsatzartikel eines Vertreters der politischen Wissenschaft veröffentlicht, worin aufgezählt wurde, was alles als sowjetische Erfahrung zu betrachten sei und in folgedessen «universalen Charakter» beziehungsweise den «Charakter einer objektiven Gesetzmässigkeit» habe. Auf wirtschaftlicher Ebene etwa wurden folgende «Gesetzmässigkeiten» aufgeführt: das sozialistische Wirtschaftssystem auf der Grundlage des gesellschaftlichen Eigentums an den Produktionsmitteln; dominierende Position des sozialistischen Sektors in Industrie, Transport, Bauwesen, Handel und Landwirtschaft; zentralisierte Planung, verbunden mit der Teilnahme der Werktätigen an der Produktionsverwaltung auf der Grundlage des «demokratischen Zentralismus».

Zum Verständnis der spezifisch sowjetischen Aspekte dieser Liste muss man sich vergegenwärtigen, dass die Sowjets die damals eben in den tschechoslowakischen Entwurf der Parteistatuten aufgenommene Umschreibung des «demokratischen Zentralismus» als antisozialistisch bezeichnen, muss man sich vergegenwärtigen, dass die (erstmalig für einen RGW-Staat) in der CSSR tatsächlich eingeführte Teilnahme der Werktätigen an der Produktionsverwaltung durch Arbeiterräte von den Sowjets als konterrevolutionäre Institution abgeschafft wurde.

Was die sowjetische Auslegung («universalen Charakters») des demokratischen Zentralismus angeht, so enthält sie die Vorschriften eines durch und durch faschistischen Befehlssystems. Ein einmal gefasster Beschluss darf von den untergeordneten Organen oder Personen in keiner Weise mehr angefochten oder auch nur neu zur Diskussion gestellt werden. Jedes Parteimitglied ist nicht nur verpflichtet, alles zu seiner Durchführung einzusetzen, sondern ihn auch gutzuheissen, sogar gegen die eigene Ueberzeugung. So ist nicht nur jegliche Wiedererwägung, sondern überhaupt jegliche abweichende Meinung bezüglich der gehandhabten Politik verunmöglicht. Eigene Meinung wird unter Hinweis auf die Grundsätze des «demokratischen Zentralismus» als Verstoß gegen die Parteidisziplin definiert und geahndet. Minderheitsanträge sind verboten, und verboten ist auch die Bekanntmachung der Meinung jener,

Michael Stemmer

## Der vorletzte Mohikaner

Als in der vorhergehenden Nummer der letzte Bericht unseres Korrespondenten (bis 1969 Oberst im tschechoslowakischen Verteidigungsministerium) erschien, «galt» noch die Versicherung der Prager Führung, es werde zu keinen Prozessen im Stil der fünfziger Jahre kommen. Leider war schon lange evident, was von solchen Zusicherungen zu halten war. Inzwischen sind die ersten Terrorurteile gegen Journalisten und Publizisten ergangen. Und daneben geht die «Normalisierung» auch an der Spitze weiter. Michael Stemmer befasst sich hier mit dem letzten Regierungswechsel, der längst keine Zäsur mehr darstellen kann und politisch nur bestätigenden Charakter hat.

Als Ministerpräsident Cernik von der politischen Bühne abtrat, wo er seit eineinhalb Jahren die sowjetisch vorgeschriebene Uebergangsrolle spielte, hatte Präsident Svoboda das Entlassungsdekret des letzten der drei Männer in höchster Stellung unterschrieben, die ihn vor zwei Jahren im Prager Frühling als Staatsoberhaupt vorgeschlagen hatten. Smrkovsky, Dubcek, Cernik. Um Svoboda, verwittertes Denkmal auf der Prager Burg, wird es noch stiller werden. Er war der Vierte im Bund der Prager Reformführung. Er bleibt zurück — ein bedeutungsloser Greis. Als Alibi, das niemanden im Lande irreführt.

Lubomir Strougal, der neue Regierungschef, ist natürlich kein Reformier. Der «Sozialismus mit

menschlichem Gesicht» gehörte nie zu seinem politischen Programm. Aber weil er nicht nur ein bewährter Polizeichef im Sinne der heutigen sowjetischen Anforderungen ist, sondern auch ein Heuchler und Anpasser, hat er sich seinerzeit sehr ausdrücklich und prominent zu den Reformern bekannt. Und das kann man ihm heute vorhalten, wenigstens im Ausland.

### Als Strougal die sowjetische Okkupation verurteilte ...

Aus der Zeit des sowjetischen Einmarsches gibt es zahlreiche Dokumente, die er unterzeichnet hat. So ein Dokument, dessen Verbreitung heute in der Tschechoslowakei eine strafbare Hand-

lung bedeutet, ist zum Beispiel das Schreiben, welches Regierung, Parlamentspräsidium und Zentralkomitee der KPdSU am 26. August 1968 an Svoboda in Moskau richteten, an dem Tage, da die «Verhandlungen» der verschleppten tschechoslowakischen Führer mit Breschnew, Kossigyn und Podgorny zu Ende gingen. Ich zitiere einen kleinen Auszug aus dem damals veröffentlichten Brief, der von Strougal eigenhändig unterschrieben ist:

*«... Unser Volk, in unbedingter, fester Einheit verbunden, im Einklang mit dem Standpunkt des Zentralkomitees, welches auf dem legalen ausserordentlichen 14. Parteikongress der KPdSU gewählt wurde, im vollkommenen Einklang auch mit den Ansichten der Nationalversammlung und der Regierung, lehnt die Okkupation als verfassungswidrig, ungesetzlich und durch nichts begründet ab und fordert den Abzug der Okkupationsarmeen... Es steht auch einmütig hinter dem neuen ZK... spricht den Genossen Dubcek, Smrkovsky, Cernik, Kriegl... sein vollstes Vertrauen aus... Gezeichnet... L. Strougal.»*

Die Jahre 1962 bis 1965, die beispielsweise ein Gustav Husak als Opfer sowjetinspielter Justiz noch im Gefängnis oder in anschliessender Achtung verbrachte, waren die Zeit, da Strougal seines polizeibietenden Amtes als Innenminister waltete. Zu seinem offiziellen Pflichtenheft gehörte auch (schliesslich war der Chruschtschewsche 22. KPdSU-Kongress über die Bühne gegangen) die Aufdeckung der Justizverbrechen aus den fünfziger Jahren und die

deren Vorschlag bei der Beschlussfassung unterlegen ist.

\*

Das abgelaufene Jahr brachte in der Folge eine weitere Konkretisierung des sowjetischen Universalitätsanspruches, bezogen nun ganz direkt auf die Strukturen des sowjetischen Modells. In der Dezemberrummer der sowjetischen Zeitschrift für Asien und Afrika, «Narodny Asii i Afriki», dehnte etwa S. K. Roschtschin die Liste der für die ganze Welt obligatorischen «Gesetzmässigkeiten» der Revolution aus. Unter anderem schrieb er: «Die Entwicklung des sozialistischen Weltsystems beweist überzeugend den internationalen Charakter des Leninschen Planes für die Kollektivierung.» Der Leninsche Plan für die Kollektivierung der Landwirtschaft habe «universale Bedeutung». Nun, der Leninsche Plan für die Kollektivierung der Landwirtschaft enthielt unter anderem die physische Liquidierung von mehreren Millionen «Kulaken» (Grossbauern oder auch einfach jegliche Bauern, die sich gegen die Kollektivierung sträubten). Das gehörte zu den «objektiven Gesetzmässigkeiten», die sich im Verlaufe der Revolution eben nicht vermeiden liessen. Wie steht es hier wohl mit der Uebertragung ins Universale? Sind beispielsweise die Schlachtungen gemäss Prozenten der gesamten Landesbevölkerung oder nur der landwirtschaftlichen Bevölkerung vorzunehmen, um der

Uebertragung der Gesetzmässigkeiten aus der sowjetischen Geschichte gerecht zu werden?

Nein, pardon, das ist keine billige Polemik. Das ist nur ins (hoffentlich) Absurde überspitzt, was in der sowjetischen Anmassung tatsächlich drin liegt. Man hatte ja schon eine tatsächliche blutige Uebertragung solcher Dinge bei den politischen Prozessen der fünfziger Jahre in den Volksdemokratien. Gewiss, das war unter Sta-

wandelt. Die Zeiten sind für das bedauernde Achselzucken (nicht zuständig, schade») schlecht geeignet.

\*

Aber es sei gesagt: Man tut es auch immer weniger. Man zuckt nicht mehr so negativ mit den Schultern, sondern benimmt sich positiv und reicht die Hände. Den Sowjets, weil man etwas Tapferes für den Frieden tun will. Und diese

## Zusammenhänge:

# ZEITBILD

lin. Und Stalin ist heute rehabilitiert. Mitsamt seinen Methoden. Die wieder aufleben.

\*

Es hat eine Zeit gegeben, da man solche Eventualitäten mit einem mehr oder weniger billig resignierten Achselzucken als die notgedrungene Sorge jener Länder bezeichnete, die durch die Sowjetunion befreit worden waren. Diese Zeiten sind vorbei. Die ungeheure sowjetische Machtexpansion (beispielsweise auf ganz Nordafrika, auf die Länder am Indischen Ozean) in laufender Beschleunigung, verbunden mit dem rapiden Kräftezerfall westlicher Mächte, hat in ganz wenigen Jahren das Bild des vermeintlichen globalen Gleichgewichts sehr erheblich ge-

wiederm reichen ihre Hände etwa mit mächtig vermehrtem Handelsaustausch dem kleineren, aber über Ankerplätze verfügenden griechischen Faschismus, dem wir den Fusstritt gegeben haben, diesmal um etwas Tapferes gegen die Diktatur zu tun. Aber das nebenbei. Jedenfalls waren wir noch nie so sehr um Entspannung mit der Sowjetunion bemüht wie heute, da sie so mächtig ist wie nie zuvor. Und da gibt es doch tatsächlich noch einige fossile Westdemokraten, welche diese Entspannungsbedürftigen naiv nennen. Ja, ja. Solche Naivität hatten wir schon einmal. In den dreissiger Jahren. Man nannte sie Anpassung.

Christian Brügger

(oft nur posthum mögliche) Rehabilitierung der Opfer. Strougal deckte freilich nicht zuviel auf. Die Polizei und alle andern staatlichen Sicherheitsorgane hielten auf seinen allerhöchsten Befehl relevante Dokumente, Tonbandaufnahmen und anderes Belegmaterial in den Safes des Innenministeriums verborgen.

Weder die Demission von Cernik noch die Ernennung von Strougal waren sonderliche Uebererraschungen. Die Presse hatte jedenfalls auftragsgemäss «die zwingend notwendige Aenderung» der tschechoslowakischen Regierungs- und Wirtschaftspolitik angekündigt. Und der Kampf gegen die sogenannten rechtsgerichteten Opportunisten ist laut «Rude Pravo» ja «wohl entschieden, aber nicht beendet». Andeutungsweise fällt ja inzwischen der Name Husaks, der wenigstens zweifelsfrei ein Opportunist ist und im Sinne sowjetischer Auslegung eigentlich allerbestens als rechtsgerichtet ausgewiesen sein müsste, wollte er doch zu Beginn des Jahres 1968 in der Liberalisierung so viel weitergehen als Dubcek...

Cernik war Mitglied des im August 1968 legal gewählten und heute als konterrevolutionär gebrandmarkten ZK der KPTsch, und Strougal drückte ihm übrigens im Schreiben vom 26. August an Svoboda sein vollstes Vertrauen aus. Die Protokolle von Verhandlungen jenes ZK werden heute in der Parteipresse eine «erschütternde und abschreckende» Lektüre genannt.

### «Solange als» ist längst vorbei

Sollte aber in diesen Unterlagen auch der Verlauf von Cerniks Pressekonferenz enthalten sein, der ich am 28. August 1968 nach der Rückkehr der CSSR-Vertreter aus Moskau in Prag bewohnte, dann ist es geradezu unverständlich,

wieso sich Cernik noch 17 Monate an der Spitze einer Regierung halten konnte, die wenigstens formell die Geschehnisse des Landes leitete. Ein Mitarbeiter der Zeitschrift «Reporter» (seit Mai 1969 verboten) fragte Cernik:

«Herr Ministerpräsident, können Sie uns die Versicherung geben, dass wir für die journalistische Tätigkeit, die wir vor, während und nach dem Januar 1968 ausgeübt haben, nicht verfolgt werden?»

Cernik dachte eine Weile nach. Dann sagte er (ich zitiere wörtlich aus meinem Tagebuch):

«Solange General Pavel (heute als «Konterrevolutionär» für die Justiz vorgemerkt) Innenminister ist, solange ausschliesslich tschechische Beamte im Innenministerium und in der Polizei arbeiten, wird euch nichts Schlimmes geschehen. Aber sollte der NKWD eingreifen, kann ich nichts versprechen... Ich nehme an, ihr seid darüber informiert, auf welche Weise wir zu den Verhandlungen nach Moskau fuhren...»

Die Worte Cerniks gingen in der Tschechoslowakei von Mund zu Mund. Und da sie ein offenes Geheimnis waren, musste man sie wohl auch in Moskau vernommen haben. Die Ablösung an der Regierungsspitze ist im sowjetischen Machtblock als neuer Beweis für den «Konsolidierungsprozess» in der CSSR gewertet worden.

Aber das Wort «Prozess» hat in der Tschechoslowakei einen üblen Nachgeschmack. Es erinnert an die fünfziger Jahre. Und heute erinnern auch die Formulierungen der Presseerzeugnisse daran, denn es sind die gleichen, ganz genau. So etwa die Worte des relativ jungen Politoffiziers Jiri Hecko, Oberstleutnant in der Politischen Hauptverwaltung der tschechoslowaki-

schen Volksarmee, wie sie in «Rude Pravo» zu lesen waren:

«Unsere Presse veröffentlichte am 13. Januar 1970 eine kurze Nachricht des Innenministeriums der Tschechoslowakei über die Aufdeckung einer staatsfeindlichen Gruppe, deren Ziel es war, den Konsolidierungsprozess unserer Gesellschaft zu verhindern... Sie bemühte sich vor allem darum, die öffentliche Meinung zu beherrschen und Widerstand gegen die Kommunistische Partei, den sozialistischen Staat und die Staatsführung hervorzurufen... die heutigen Partei- und Staatsführer zu liquidieren...»

Das alles haben wir schon einmal in tschechischen Zeitungen gelesen. In den gleichen Worten. Dann folgten Verhaftungen, Polizeiverhöre, Gerichtsverhandlungen und endlich die Todesurteile, die auch an höchsten Parteifunktionären, Ministern und Generälen vollstreckt wurden.

### Rechtskundige Männer

Der neue Ministerpräsident ist noch nicht so alt, aber er hat in der Behandlung von Feinden des Sozialismus und Parteigängern des Antisowjetismus schon reiche Erfahrungen gesammelt als oberster Chef der Staatspolizei und amtierender Sekretär des ZK der KPTsch. Er ist Genosse und Fachkollege des neuen Generalstaatsanwaltes Fejes. Sowohl Dr. Strougal als auch Dr. Fejes sind, was ich aus persönlicher Kenntnis bestätigen kann, rechtskundige Männer. Die Vertreter der Staatsgewalt in den politischen Prozessen der fünfziger Jahre waren es auch gewesen.

Frei nach «Rude Pravo» zitiert: Die Verfolgung in der Tschechoslowakei ist zwar «wohl entschieden, aber nicht beendet».